

# 1 Präambel

2           Vielerorts hört man\* von spezifisch „sächsischen Verhältnissen“. Was heißt das über-  
3 haupt, und warum sind diese Verhältnisse zu kritisieren? Die Antworten auf diese Fragen  
4 sind vielfältig. Dazu gehört der Abbau von kulturellen Angeboten, Schul- und Krankenhaus-  
5 schließungen sowie der Rückbau der Infrastruktur. Dazu gehört, dass die ländlichen Regio-  
6 nen immer menschenleerer werden und dass es viele Leute aus Sachsen wegzieht. Dazu ge-  
7 hört ein aus dem spezifischen „sächsischen Selbstbewusstsein“ der Wendezeit hervorgegan-  
8 gener „Sachsenstolz“ und ein besonderes „sächsisches Heimatbewusstsein“. Von überall  
9 springt einem Sachsen direkt ins Gesicht: Sachsenquelle, Sachsenobst, Radio Sachsen, Sach-  
10 senkrone. Dazu gehört die langjährige durch die sächsische CDU betriebene Verharmlosung  
11 des Neonazismus und rechter Gewalt sowie der Umstand, dass die NPD sich ganze zehn  
12 Jahre, von 2004 bis 2014, im sächsischen Landtag halten konnte. Dazu gehört der Fakt, dass  
13 Pegida zuerst in Dresden auf die Straßen ging, sich auch einzig dort als eine dauerhafte Pro-  
14 testbewegung etablieren konnte und von Sachsen aus den bundesdeutschen Diskurs seit  
15 2014 bis in die Parlamente hinein immer weiter nach rechts verschob. Dazu gehört, dass es  
16 zahlreiche sächsische Politiker\_innen<sup>1</sup> und konservative Intellektuelle waren, die als erste  
17 Verständnis für das „Besorgtsein“ der „Montagsspaziergänger“ über die ach so „linkslibe-  
18 rale“ Politik zeigten. Dazu gehört, dass die sächsischen Polizeikräfte entweder tatenlos zuse-  
19 hen, wie Journalist\_innen von Pegida-Demonstrierenden angegriffen werden oder gar selber  
20 dabei mitmachen. Dazu gehört die Tatsache, dass die rassistische und völkisch-nationalisti-  
21 sche AfD allein in Sachsen mit 27 Prozent der Stimmen bei der vergangenen Bundestagswahl  
22 zur stärksten Kraft wurde. Und dazu kommt, dass die CDU - mal offen, mal weniger offen -  
23 mit den Gedanken spielt, mit der AfD koalieren zu wollen.

24           Auf all das haben wir so gar keinen Bock, und deswegen arbeiten wir aktiv dagegen  
25 an! Wir wollen diese verkrusteten, blau-braunen sächsischen Verhältnisse aufbrechen und

1           Sprache hat einen großen Einfluss auf unsere Wahrnehmung und unser Denken und formt auf diesem Weg die ge-  
sellschaftlichen Verhältnisse mit. Uns ist es wichtig, Personen aller denkbaren Geschlechter gleichberechtigt anzusprechen und  
patriarchal geprägte Sprachmuster auszuhebeln. Insbesondere ist es unser Anliegen, Menschen mit einzubeziehen, die sich  
nicht in ein binäres Geschlechtersystem (sprich: männlich/weiblich) einordnen können oder wollen. Wir benutzen die Gender-  
Gap (Teilnehmer\_innen, Zuschauer\_innen) oder im Plural entsprechende Partizipien (Teilnehmende, Zuschauende), um Perso-  
nenbezeichnungen geschlechtergerecht zu formulieren. Wir benutzen ein Sternchen hinter einem Wort, um hervorzuheben,  
dass ausdrücklich mehr Identitäten angesprochen werden sollen, als es der bloße Anschein vermuten lassen würde (z. B.  
Frauen\*, wenn genau genommen FLTIQ-Personen (Frauen, Lesben, Trans, Inter, Queer) angesprochen werden sollen; man\*,  
wenn verdeutlicht werden soll, dass obgleich das Wort an sich auf Cis-Männer abzielt, alle Personen gemeint sind. Unseren kom-  
pletten Leitfaden zur geschlechtergerechten Sprache findet ihr unter [gleft.de/2jV](http://gleft.de/2jV).

26 zum Tanzen bringen. Wir wollen ein soziales, ein humanes, ein offenes, ein ökologisches und  
27 tolerantes Sachsen, in dem nicht „Leit-“, sondern Willkommenskultur gelebt wird. Wir wollen  
28 soziale Gleichheit, gleichberechtigte Teilhabe und ein schönes Leben für Alle. Dafür organi-  
29 sieren wir uns in vielen Gruppen über ganz Sachsen verteilt und arbeiten gemeinsam dieser  
30 Vision entgegen. Als linker Jugendverband wollen wir die Gesellschaft grundlegend verän-  
31 dern. Wir möchten weg vom kapitalistischen und unsolidarischen, hin zum selbstbestimm-  
32 ten, gerechten und solidarischen Leben. Hierfür möchten wir jungen Menschen die Möglich-  
33 keit schaffen, sich selbst und andere zu befähigen und für ein gutes Leben zu streiten.

34 Uns ist bewusst, dass man\* eine Gesellschaft nicht allein im Parlament ändern kann.  
35 Wir meinen aber, dass es progressive Akteur\_innen in Parlamenten geben muss, um konser-  
36 vativen und reaktionären Kräften einen Gegenpol zu bieten, aber auch um eigene Projekte  
37 voranzutreiben, um Lebensrealitäten wenigstens kleinteilig ein Stück weit zu verbessern. Als  
38 unabhängiger, parteinaher Jugendverband der Partei DIE LINKE. Sachsen sehen wir es als  
39 unsere Aufgabe an, jene nicht blind zu unterstützen, sondern auch da zu kritisieren, wo es  
40 nötig ist und dort progressivere, radikalere Akzente zu setzen, wo es möglich ist. Das haben  
41 wir mit diesem Programm getan.

42 Am 01. September 2019 steht einiges auf dem Spiel, aber es ist noch lange nichts ver-  
43 loren. Wir wollen den Verlauf mit unserer Kampagne mitbestimmen. Wir wollen mit unseren  
44 Themen in die Öffentlichkeit. Wir wollen zeigen, dass eine andere Gesellschaft möglich ist,  
45 dass nichts so sein muss wie es ist und wir wollen insbesondere junge Menschen dazu bringen,  
46 sich gegen die derzeitigen Verhältnisse zu engagieren. Das vorliegende Landesjugendwahl-  
47 programm ist die Grundlage der Kampagne und fußt seinerseits auf unserem Grundsatzpro-  
48 gramm (zu finden unter <https://linksjugend-sachsen.de/themen/>), das wir nach einem lan-  
49 gen, basisdemokratischen Erarbeitungsprozess auf unserem Landesjugendplenum im Sep-  
50 tember 2018 in Chemnitz beschlossen haben und in welchem wir unsere Vorstellungen zu  
51 vielen verschiedenen Themen artikulieren, geprägt von einem klar linksradikalen Profil. Am  
52 gleichen Wochenende haben wir auch die 6 Themen für unsere Jugendkampagne festgelegt  
53 und 6 Menschen nominiert, die als junge Kandidierende auf der Landesliste der Partei DIE  
54 LINKE. Sachsen die Themen vorrangig in die Öffentlichkeit tragen. Sie haben außerdem ge-  
55 meinsam auf der Basis des Grundsatzprogramms den Entwurf zum dir vorliegenden Pro-

56 gramm verfasst, der nach intensiver Diskussion und Überarbeitung dann auf dem Landesju-  
57 gendplenum im März 2019 in Olganitz beschlossen wurde. Das Programm liegt auch in leich-  
58 ter Sprache, als Hörfassung sowie in englischer Übersetzung vor.

59 Lass uns gemeinsam für eine bessere Zukunft streiten! Noch ist lange nichts verloren.

60 Deine linksjugend ['solid] Sachsen

61 März 2019

62

## 63 **Antifa**

64 Antifaschismus bedeutet für uns das konsequente Eintreten gegen alle menschenver-  
65 achtenden Ideologien, sei es Neonazismus, Rassismus oder andere Formen gruppenbezoge-  
66 ner Menschenfeindlichkeit. Er ist für uns zugleich das Anerkennen gesellschaftlicher Vielfalt  
67 und das Eintreten für eine emanzipierte und solidarische Gesellschaft, in der sich alle Men-  
68 schen soweit verwirklichen können, dass sie dabei der Selbstverwirklichung anderer nicht im  
69 Weg stehen. Doch mit Neonazis und Rassist\_innen in unserer Mitte funktioniert das nicht.

70 Warum es gerade in Sachsen mehr antifaschistisches Engagement braucht? Weil  
71 Sachsen ein großes Problem mit Rassismus und einer gut organisierten Neonazi-Szene hat.  
72 Zudem reagiert der Freistaat entweder zu langsam oder gar nicht auf rechte Aktivitäten und  
73 verharmlost diese. Das liegt auch daran, dass rechtes Gedankengut in vielen sächsischen In-  
74 stitutionen verbreitet ist.

75 Wir widersetzen uns jeglicher Entwicklung hin zur autoritären Umgestaltung von  
76 Staat und Gesellschaft! Wir setzen uns für Menschenrechte und für ein solidarisches und of-  
77 fenes Weltbild ein, die für uns die Grundlage einer demokratischen Gesellschaft darstellen.

## 78 **Ideologien benennen, statt von Extremismus quatschen**

79 Neonazis werden häufig auch als „rechtsextrem“ bezeichnet. Diese Bezeichnung ent-  
80 stammt der insbesondere in der sächsischen Politikwissenschaft verbreiteten Extremismus-  
81 theorie, die bei der Arbeit des Inlandsgeheimdienstes (also known as „Verfassungsschutz“)   
82 zum Tragen kommt. Wir lehnen die Gegenüberstellung vom „politischen Extremismus“ und  
83 einer scheinbar von problematischen Denkmustern befreiten „Mitte der Gesellschaft“ ab,

84 weil damit oft verschleiert wird, dass auch die vermeintliche „Mitte“ diskriminierende Ein-  
85 stellungen wie Rassismus, Antisemitismus, Sexismus pflegt. Kritik an Nazis ist deshalb auch  
86 immer Gesellschaftskritik.

## 87 **Gegen Angstzonen im ländlichen Raum**

88 Die Kürzungspolitik der sächsischen CDU führt dazu, dass es im ländlichen Raum ei-  
89 nen Mangel an gesellschaftlichen und kulturellen Teilhabemöglichkeiten gibt. Das führt nicht  
90 selten dazu, dass Jugendliche sich aus Alternativ- und Perspektivlosigkeit der örtlichen Fa-  
91 scho-Szene anschließen. Insbesondere für Menschen mit vom konservativen Weltbild abwei-  
92 chenden religiösen, sexuellen, politischen Vorstellungen oder anderer Herkunft ist der länd-  
93 liche Raum längst zur Angstzone geworden. Innerhalb dieser Angstzonen ist ein freies Leben  
94 nicht mehr möglich. Verantwortliche und Behörden verharmlosen die Probleme mit men-  
95 schenverachtenden Einstellungen oftmals, anstatt sie aktiv anzugehen. Neonazis gehören  
96 längst zur „Dorfgemeinschaft“ und machen bei der freiwilligen Feuerwehr und in Vereinen  
97 mit. Wir wollen kulturelle und Jugendangebote in der Stadt aber vor allem auf dem Land er-  
98 halten und fördern. Wir setzen uns für eine umfassende Aufklärung über menschenverach-  
99 tende Ideologien sowie für die Stärkung von antirassistischen und auf gesellschaftliche Viel-  
100 falt ausgerichteten Demokratieprojekten ein.

## 101 **Antisemitismus bekämpfen**

102 Antisemitismus ist nicht nur ein fester Bestandteil nazistischer Ideologie, sondern  
103 auch weit in der Gesamtgesellschaft verbreitet. Mit dem Wissen über die deutsche Barbarei,  
104 also über den industriellen Massenmord an Jüd\_innen in der Shoa, gilt es jeglicher Form von  
105 Antisemitismus den Kampf anzusagen. Antisemitismus äußert sich heute wie damals über  
106 eine den Jüd\_innen zugewiesene Sündenbockrolle sowie eine Vereinfachung der kapitalisti-  
107 schen Gesamtverhältnisse auf einzelne Personen oder vermeintliche Strippenzieher\_innen.  
108 Diese Unterscheidung in 'guten', also produzierenden, und 'bösen', also Finanzkapitalismus,  
109 ist mit einer emanzipatorischen Kapitalismuskritik unvereinbar. Heute äußert sich Antisemi-  
110 tismus oft auch in Verschwörungstheorien, die unsere komplexe Welt durch einfache Erklä-  
111 rungsmuster zu erfassen vorgeben oder in Geschichtsrevisionismus. Der moderne Antisemi-  
112 tismus zeigt sich zudem in einer Dämonisierung, der Anwendung doppelter Standards und  
113 grundsätzlicher Delegitimierung des Staates Israel. Da dieser Staat unter anderem jedoch

114 notwendiger Schutzraum für von Antisemitismus Betroffenen ist, lehnen wir Antizionismus  
115 grundlegend ab.

## 116 **Keine Verdrehung der Geschichte**

117 Faschismus wird in der Bundesrepublik mit Verbrechen des Nationalsozialismus ver-  
118 bunden. Immer wieder tauchen jedoch Verdrehungen der Geschichte und Verharmlosungen  
119 des Nationalsozialismus auf. Diese finden sich zum Teil auch in gesellschaftlich anerkannten  
120 Vereinen wie z.B. dem „Bund der Vertriebenen“, die Gebietsansprüche geltend machen wol-  
121 len, wieder. Solchen Forderungen und Formen des Geschichtsrevisionismus widersprechen  
122 wir vehement. Auch wenn wir die DDR kritisieren, lehnen wir entschieden ihre Gleichset-  
123 zung mit dem Nationalsozialismus ab.

124 Organisationen und Parteien wie die AfD und ihre rechtsradikalen Abspaltungen so-  
125 wie Die Rechte, III Weg, die Identitäre Bewegung, Freie Kameradschaften, Reichsbürger\*in-  
126 nen, die Ein-Prozent Bewegung, PEGIDA und die NPD werden aufgrund ihrer menschenver-  
127 achtenden Positionen für uns nie Partner\_innen im demokratischen Diskurs sein. Weder in  
128 den Parlamenten, noch in der Gesamtgesellschaft.

129

## 130 **Wir fordern daher unter anderem:**

- 131 • Entschiedenenes Vorgehen gegen alle menschenverachtenden Ideologien und deren  
132 konsequente Ächtung in jedem gesellschaftlichen Bereich
- 133 • Unterstützung von Initiativen, die sich gegen Neonazis und menschenfeindliche Ide-  
134 ologie engagieren
- 135 • Stärkung und Unterstützung für Beratungs- und Meldestellen für Opfer rassistischer,  
136 antisemitischer und neonazistischer Gewalt
- 137 • verpflichtende Schulungen in allen kommunalen sowie Landesorganen und Ämtern,  
138 um diese für Neonazismus, Rechtsradikalismus und gruppenbezogene Menschen-  
139 feindlichkeit zu sensibilisieren
- 140 • Fortbildungen für Lehrkräfte hinsichtlich des Umgangs mit menschenverachtendem  
141 Gedankengut sowie zum Erkennen von Symboliken von Rechtsradikalen und Neona-  
142 zis
- 143 • Mehr Sozialarbeiter\_innen in der Jugendarbeit und in Schulen

- 144 • Unterstützung und Stärkung kultur- und generationsübergreifender Begegnungstät-  
145 ten“
- 146 • Abkehr von der „Extremismustheorie“
- 147 • Ein Ende der geheimdienstlichen Zuverlässigkeitsüberprüfungen von Demokra-  
148 tieprojekten
- 149 • Konsequentes Vorgehen gegen Beamte und Staatsangestellte, die sich offen men-  
150 schenfeindlich äußern und sich in rechten und Neonazikreisen bewegen

151

## 152 **Bildung für alle**

153 Der Gedanke der ökonomischen Verwertbarkeit ist in allen Bildungsinstitutionen prä-  
154 sent – sei es nun durch die Vermittlung von Herrschaftswissen an Schulen, die voranschrei-  
155 tende Umwandlung zur unternehmerischen Hochschule oder dem Missbrauch des lebenslan-  
156 gen Lernens als Selbstoptimierungszwang, um sich selbst besser auf dem Arbeitsmarkt ver-  
157 kaufen zu können. Dabei spielen Bedürfnisse und Fähigkeiten der Menschen, die in Sachsen  
158 (aus)gebildet werden sollen, selten eine Rolle. Hochschulen stellen auch schon lange keine  
159 Orte der kritischen Selbstreflexion und Persönlichkeitsentwicklung mehr dar. Es wird somit  
160 deutlich, dass es einen radikalen Richtungswechsel in der sächsischen Bildungslandschaft  
161 braucht, der es ernst meint, Menschen zum selbstständigen Leben und kritischen Denken zu  
162 befähigen.

### 163 **Eine inklusive Schule für alle!**

164 Ein erster Schritt ist es, KiTas, Schulen und Hochschulen in privater Trägerschaft kon-  
165 sequent abzuschaffen und Bildung komplett kostenfrei auszugestalten. Eine wirklich eman-  
166 zipatorische Bildung kann außerdem nur gelingen, wenn Schüler\_innen nicht mehr nach der  
167 vierten Klasse getrennt werden - das sorgt nämlich nicht etwa für eine optimale und differen-  
168 zierte Förderung von Schüler\_innen, sondern lediglich für eine verstärkte soziale Separie-  
169 rung der Gesellschaft. Die Einführung einer Gemeinschaftsschule für alle bedeutet, das ge-  
170 meinsame Lernen der Schüler\_innen bis mindestens zur 10. Klassenstufe zu fördern. Die ge-  
171 genseitige Unterstützung dient dabei nicht nur der Festigung des Wissens, sondern auch der  
172 Stärkung sozialer Kompetenzen. Es bedeutet, dass Förderschulen perspektivisch abgeschafft  
173 werden müssen. Dem Leitgedanken der Inklusion folgend muss es für alle Menschen in Sach-  
174 sen – egal ob mit oder ohne zugeschriebener Beeinträchtigung – möglich sein, an Bildung

175 teilzuhaben. Zur Bewerkstelligung dieser Aufgabe sollen ausreichend Sonderpädagog\_innen  
176 neben Lehrer\_innen im Klassenverbund mitwirken. Auch muss sichergestellt werden, dass  
177 es an allen Schulen genügend Sozialarbeiter\_innen und Psycholog\_innen gibt, die die Schü-  
178 ler\_innen in ihrer Entwicklung unterstützen. Um eine ständige Erreichbarkeit der Schule ge-  
179 währleisten zu können, fordern wir die Ausweitung der ÖPNV-Anbindung an Schulen und  
180 stellen uns gegen jegliche Schulschließungen, sodass sich Schulwege nicht verlängern.

### 181 **Noten abschaffen, alternative Lehrkonzepte fördern**

182 Lehrkräfte sollen regelmäßig an methodischen und didaktischen Weiterbildungen  
183 teilnehmen, um den Einsatz von Frontalunterricht zu minimieren. Regelmäßige inner- und  
184 außerschulische Projektstage, Exkursionen und Vorträge sollen den Unterricht zusätzlich be-  
185 reichern. Dabei soll das Land finanzielle Unterstützung für Familien leisten, die sich solche  
186 Veranstaltungen sonst nicht leisten könnten.

187 Lehrinhalte und -ziele werden derzeit ohne Beteiligung und Beachtung der Bedürf-  
188 nisse der Schüler\_innen gestaltet. Lehrkräfte sollen die Lernenden unterstützen, statt sie an-  
189 zuleiten, sollen Selbstbestimmung ermöglichen, statt Inhalt und Methode vorzugeben. Eine  
190 Möglichkeit zur Umsetzung dessen können Rahmenpläne darstellen. Es soll umfangreiche,  
191 abgestufte und verbindliche Festlegungen darüber geben, was an Kenntnissen, Fähigkeiten  
192 und Fertigkeiten in den Fächern und Lernbereichen notwendig ist, um in der jeweiligen Le-  
193 benswelt kompetent zu handeln. Mit einem Grundgerüst und der Orientierung an den Mög-  
194 lichkeiten der Lerninhalte kann dann jede\_r Schüler\_in selbstbestimmt entscheiden, was wie  
195 vertieft wird. Zudem fordern wir die Abschaffung von Noten als Bewertungsmethode (da  
196 diese seltenst etwas über die wirkliche Eignung von Schüler\_inen in den jeweiligen Fachrich-  
197 tungen aussagen) und bevorzugen andere Wege, etwa das Ausstellen von Lernentwicklungs-  
198 berichten.

199 Dem laizistischen Grundgedanken verpflichtet fordern wir auch die Abschaffung des  
200 konfessionellen Religionsunterrichts und stattdessen die Einführung eines konfessionsneut-  
201 ralen ethisch-philosophischen Fachs, in dem auch Religionen vorgestellt, aber nicht bewor-  
202 ben werden. Damit geht auch unsere weitergehende Forderung der Abschaffung aller kirch-  
203 lichen Schulen einher.

### 204 **Ohne Bundeswehr ist alles gut**

205            Noch immer ist es Normalität, dass die Bundeswehr an Schulen für sich wirbt. Auch  
206 ist sie bei sogenannten Karrieremessen an Hochschulen eine stete Vertreterin. Wir fordern  
207 daher ein Verbot für die Bundeswehr, sich an Bildungsinstitutionen zu präsentieren. Weiter-  
208 hin wollen wir Zivil- und Transparenzklauseln für Hochschulen, sodass militärische For-  
209 schung an sächsischen Hochschulen verhindert wird und gleichzeitig alle Mitglieder der  
210 Hochschule die Möglichkeit haben, sich über alle Forschungsvorhaben an ihrer Hochschule  
211 zu informieren.

## 212 **Hochschulen ausfinanzieren!**

213            Die sächsische Hochschullandschaft war bis 2017 beständig mit Kürzungen konfron-  
214 tiert und auch jetzt fehlt das Geld an allen Ecken: Prekäre Beschäftigungen der wissenschaft-  
215 lichen Mitarbeiter\_innen, fehlende Mittel für die angemessene Bezahlung von Lehrbeauf-  
216 tragten, keine Tarifverträge für studentische Hilfskräfte. Statt eine ausreichende Grundfi-  
217 nanzierung durch das Land zu bekommen, müssen die Hochschulen untereinander in Kon-  
218 kurrenz um Drittmittel treten. Bundesprogramme, die nur ausgesuchten Hochschulen zu-  
219 kommen, lehnen wir ab und fordern eine dauerhafte Beteiligung des Bundes an der Grund-  
220 finanzierung aller Hochschulen. Für verlässliche Perspektiven müssen Hochschulentwick-  
221 lungspläne auf Augenhöhe verhandelt und ein gerechtes Finanzierungsmodell entwickelt  
222 werden.

## 223 **Numerus clausus abschaffen!**

224            Der Hochschulzugang ist immer noch stark selektiv und viele Studienfächer nehmen  
225 den Abiturdurchschnitt als Maßgabe, um Studieninteressierte zum Studium zuzulassen. In  
226 Anlehnung an unsere Forderung, Noten abzuschaffen, plädieren wir für die Abschaffung des  
227 Numerus clausus. Jede\_r soll studieren können, was er\_sie möchte. Aufgabe des Landes und  
228 der Hochschulen muss es sein, dies zu ermöglichen, bspw. durch sinnvolle Eignungstests.

## 229 **Hochschulgesetz umkrempeln**

230            Das damals durch schwarz-gelb novellierte Hochschulgesetz hat die Hochschulen  
231 noch mehr dazu genötigt, wie ein Unternehmen agieren zu müssen, als ihren originären Auf-  
232 gaben nachzugehen. Viele Kompetenzen des Senats wurden auf Rektorat und Hochschulrat  
233 übertragen, die verfasste Studierendenschaft wurde geschwächt, diskriminierende Studien-  
234 gebühren sind hinzugekommen. Die SPD hat es nicht geschafft, die Missstände zu beheben.

235 Wir fordern eine umfassende Novellierung dieses Gesetzes hin zu einer demokratischeren  
236 Hochschullandschaft. Wir wollen die Abschaffung aller Studiengebühren, die Streichung der  
237 Austrittsoption aus der Verfassten Studierendenschaft und die Abschaffung des Hochschul-  
238 rats. Wir wollen unendlich viele Prüfungsversuche für Studierende, und mindestens paritätische  
239 Besetzung der demokratisch gewählten Gremien.

240 **Wir fordern daher unter anderem:**

- 241 • Kostenlose Bildung für alle
- 242 • Eine inklusive Gemeinschaftsschule für alle
- 243 • Abschaffung aller privaten und kirchlichen Bildungsinstitutionen
- 244 • Abschaffung aller Noten
- 245 • Offener Hochschulzugang für alle
- 246 • Ausfinanzierte Hochschulen
- 247 • Novellierung des Hochschulgesetzes
- 248 • Zivil- und Transparenzklauseln für Hochschulen

249

## 250 **Mitbestimmung & Demokratie**

251 Bei der Wahl zum Sächsischen Landtag im Jahr 2014 durften knapp 700.000 Men-  
252 schen nicht wählen, davon rund 560.000, weil sie schlichtweg noch keine 18 Jahre alt waren.  
253 Bei der Bundestagswahl 2017 waren es insgesamt knapp 21 Millionen Menschen, die ihre  
254 Kreuze nicht setzen durften. Und da hören die Demokratiedefizite noch lange nicht auf.

### 255 **Wahlalter Null, Diggi!**

256 Für uns ist jede Altersgrenze, sei sie bei 18, bei 16, wie in Bremen oder Hamburg, oder  
257 bei etwa neuneinhalb Jahren angesetzt nichts als Willkür. Daher fordern wir das Wahlalter  
258 Null, also dass allen Menschen von Geburt an das aktive (also Personen für etwas wählen)  
259 und passive (sich selbst zu etwas wählen lassen) Wahlrecht zugesprochen wird.

260 Ob und wann ein Mensch bereit zum Wählen ist, kann nicht gemessen werden. Wird  
261 bei alten Menschen ja auch nicht gemacht und das ist auch gut so. Ob junge Menschen im  
262 Wahlverhalten leichter zu beeinflussen sind als „Volljährige“ stellen wir vehement in Frage.  
263 Und ihnen das Wahlrecht absprechen zu wollen, weil sie eventuell „extreme Parteien“ wäh-

264 len könnten, ist alles andere als demokratisch. Das Argument, dass gerade Kinder automa-  
265 tisch das wählen würden, was ihre Eltern ihnen einreden, ist nicht haltbar. Genau das war  
266 die These, mit der vor erst rund 100 Jahren versucht wurde, Frauen\* ihr Wahlrecht abzuspren-  
267 chen. Glücklicherweise wissen wir heute, dass jede Frau\* einen eigenen politischen Willen  
268 hat – surprise, surprise.

269 Wir möchten diese willkürlich gesetzte und ausschließende Altersgrenze aufbrechen.  
270 Wir möchten, dass alle, die wählen gehen wollen und sich bereit fühlen, dies auch tun kön-  
271 nen. Damit werden viele junge Menschen dazu befähigt, Politik besser mitzugestalten, als es  
272 aktuell der Fall ist und ihre Themen einzubringen.

### 273 **Nicht wählen dürfen liegt nicht immer am Alter**

274 Es gibt leider noch zahlreiche andere Gründe, warum Menschen in Sachsen nicht  
275 wählen dürfen: Eine fehlende deutsche Staatsbürgerschaft ist so ein Grund. Dabei sind Men-  
276 schen ohne deutschen Pass zumeist ‚doppelt‘ von Gesetzen betroffen, bei denen sie nicht mit-  
277 bestimmen können. Einerseits Gesetze, die ‚für alle‘ gelten, andererseits Gesetze, die nur für  
278 Menschen ohne deutschen Pass gültig sind. Wir finden, dass alle Menschen, egal welchen  
279 Pass sie haben, dort wählen und mitbestimmen sollen, wo sie wohnen.

### 280 **Gewählt - un nu?**

281 Uns ist bewusst, dass es Wahlen allein nicht sein können. Alle vier oder fünf Jahre mal  
282 ein Kreuz zu machen, führt noch nicht dazu, dass eine Demokratie lebendig, spaßig und ge-  
283 staltbar wird. Deswegen fordern wir mehr direkte Demokratie, beispielsweise die Absenkung  
284 der Hürden für sogenannte Volksentscheide und Bürger\_innenbegehren. Konkret geht es um  
285 die Absenkung der nötigen Anzahl an Unterschriften, die es bedarf, bevor ein Begehren über-  
286 haupt erst behandelt wird. Außerdem fordern wir die Einführung eines Vetorechts. Wenn ein  
287 Parlament eine Entscheidung trifft, muss es - wenn es die Mehrheit der Menschen möchte -  
288 die Chance geben, diese wieder zu kippen. Außerdem muss die Abgabe von Unterschriften  
289 auch online möglich sein, um den Prozess zu vereinfachen.

### 290 **Mitwirkung mit Wirkung!**

291 Wir fordern eine Jugendbeteiligung in Form von Jugendbeteiligungsforen, in welchen  
292 in basisdemokratischen Verfahren, offen für alle Jugendlichen, für die Kommune verbindli-  
293 che Absprachen getroffen werden. Dort können für jugendpolitische Inhalte Forderungen be-  
294 schlossen werden, aber auch Beratungen für andere Themen vorgenommen werden, sowie  
295 Personen zu den Ausschüssen und Sitzungen der Räte entsandt werden. Dabei sind die Ju-  
296 gendlichen und ihre Interessen verpflichtend anzuhören. Die Jugendbeteiligungsforen sollen  
297 mit eigenen Budgets ausgestattet werden, über die Jugendliche nach dem Vorbild der Betei-  
298 ligungshaushalte (wie z.B. aus Porto Alegre bekannt) entscheiden. Zur Sensibilisierung der  
299 Teilnehmenden werden Angebote zur politischen Bildung im allgemeinen, aber auch speziell  
300 für die Jugendpolitik geschaffen, hervorzuheben ist dabei die Schaffung des Angebotes an  
301 Schulen. Zur Koordinierung und Organisation des Ganzen sollen Kommunen Jugendbeteili-  
302 gungsbüros errichten, die jederzeit die Jugendlichen in der Organisation unterstützen und  
303 beraten.

#### 304 **Willkommen im 21. Jahrhundert!**

305 Wir fordern eine umfassende Digitalisierung von Politik. Abgeordnete sollen ver-  
306 pflichtet sein, Portale wie Abgeordnetenwatch zu nutzen, öffentliche Kalender auf ihren  
307 Websites zu betreiben, in denen einzusehen ist, wann sie sich mit wem – natürlich nicht pri-  
308 vat – treffen und ihre (Neben-)Einkünfte und Ausgaben transparent zu machen. Befragungen  
309 durch Bürger\_innen via Social Media sollen flächendeckend angeboten werden. Wir stehen  
310 für Abschaffung der 5%-Hürde, welche immer noch dafür sorgt, dass der Wille vieler Wäh-  
311 ler\_innen unter „Sonstiges“ fällt und dieser somit keine Berücksichtigung in der Zusammen-  
312 setzung des Parlaments findet. Zudem fordern wir die Einführung einer verpflichtenden  
313 Mandatszeitbegrenzung von zwei Legislaturperioden im Sächsischen Landtag. Politik lebt  
314 von Erneuerung – das muss auch für die personelle Zusammensetzung im Landtag gelten.  
315 Wir setzen uns außerdem für eine flächendeckende Einführung von lokalen Demokratiebi-  
316 lanzen ein, welche darlegen müssen, inwiefern Einwohner\_innen in Entscheidungen einbe-  
317 zogen wurden. Instrumente wie Beteiligungshaushalte halten wir für supergute Ideen. Und  
318 dass alle Wahllokale barrierefrei sein müssen, sollte doch selbstverständlich sein, oder?

#### 319 **Wir fordern daher unter anderem:**

- 320 • Das Wahlrecht für alle Menschen mit Lebensmittelpunkt im Wahlgebiet
- 321 • Geringere Quoren für die Durchführung direktdemokratischer Entscheidungen,
- 322 Möglichkeit zu Online-Unterschriftensammlungen

- 323 • Die Einführung von verbindlichen Jugendbeteiligungsforen
- 324 • Offenlegung der Ein- und Ausgaben aller Abgeordneten, verpflichtendes Führen von
- 325 Lobbykalendern
- 326 • Abschaffung der 5%-Hürde
- 327 • Einführung der Mandatszeitbegrenzung
- 328 • Streikrecht für alle (etwa auch Schüler\_innen, Arbeitnehmer\_innen, Auszubildende,
- 329 Menschen in Werkstätten - unabhängig von Themen und Gewerkschaften

330

## 331 **Feminismus und Antisexismus**

332 Eine Welt, in der ihr euer Leben, unabhängig des euch bei der Geburt zugewiesenen  
333 Geschlechts, frei gestalten könntet klingt ganz schön cool oder? Leider ist sie auch in Sachsen  
334 noch lange keine Realität. Kaum ist man\* auf der Welt wird man\* direkt in eine Kategorie  
335 gedrückt.

### 336 **Mensch statt Geschlecht!**

337 Aufgrund der strengen Regelung zum Eintrag der Geschlechterkategorie "divers",  
338 wird das binäre Geschlechtssystem trotzdem weiterhin aufrecht erhalten. Im binären Ge-  
339 schlechtersystem werden nur zwei Geschlechter anerkannt – männlich und weiblich. Zu die-  
340 sen Geschlechtern gehören klare Rollenbilder, die Kinder von Geburt an erlernen und gesell-  
341 schaftlich von ihnen erwartet werden. Mädchen sollen immer brav, leise und mitfühlend sein  
342 und sich um andere kümmern. Sie sollen bloß nicht an sich denken oder auf eigene Bedürf-  
343 nisse achten. Jungs hingegen müssen laut sein, sich raufen und immer stark sein. Sie dürfen  
344 nicht weinen, denn aus ihnen sollen mal „richtige Männer“ werden. Somit wird bereits in der  
345 Kindheit der Grundstein für „toxische Männlichkeit“ und sexistisches, von Gewalt geprägtes  
346 Verhalten gegenüber anderen Menschen gelegt. Wir fordern das Recht auf freie Entfaltung  
347 der Persönlichkeit für alle und zwar ohne stumpfe Geschlechterstereotypen, denn diese kön-  
348 nen ursächlich für einen großen Leidensdruck für diejenigen sein, die sich außerhalb dieser  
349 Vorgaben oder jenseits des binären Geschlechtersystems wiederfinden.

### 350 **Fight Lookism!**

351 Zu den Stereotypen gehören auch Schönheitsideale, denen man\* zu entsprechen hat.  
352 Dies setzt gerade Frauen\* und zunehmend auch Männer so stark unter Druck, dass es eine

353 Ursache für physische und psychische Krankheiten sein kann. In der Werbung werden Men-  
354 schen und gerade Frauen\* fast immer sexualisiert, dem Schönheitsideal entsprechend dar-  
355 gestellt. Wir finden das grundlegend falsch, denn es führt dazu, dass Frauen\* als Objekte an-  
356 gesehen werden.

### 357 **My body, my choice!**

358 Wenn das Geschlecht bei der Geburt nicht eindeutig als männlich oder weiblich iden-  
359 tifiziert werden kann, erfolgt meist eine Operation der Geschlechtsorgane. Diese kann  
360 schwerwiegende Folgen für das weitere Leben des Kindes haben. Trans- und Interpersonen  
361 sind generell häufig von Diskriminierungen und Gewalt betroffen, die ihre Ursache in einer  
362 Welt haben, die sich an allem abreibt, was an einem weißen, heteronormativen Weltbild  
363 kratzt. Wir wollen in einer Welt leben, in der wir nicht über unser Äußeres definiert werden  
364 und über unsere Körper selbst bestimmen können!

365 Dies gilt natürlich auch für Schwangere. Dass Schwangerschaftsabbrüche seit 1933  
366 noch immer gesondert im Strafgesetzbuch behandelt werden ist nicht hinnehmbar! Zwar ha-  
367 ben die Paragraphen heute einige Einschränkungen, stellen aber immer noch eine ständige  
368 Bedrohung und Infragestellung der Kompetenzen praktizierender Ärzt\_innen und der Mün-  
369 digkeit schwangerer Personen dar. Wir fordern die Entstigmatisierung und Entkriminalisie-  
370 rung von Schwangerschaftsabbrüchen!

371 Unabhängig von Geschlecht, Aussehen, Kleidung sollte sich kein Mensch fürchten  
372 müssen, bewertet, begrapscht, dumm angemacht oder bedroht zu werden. Wir fordern mehr  
373 Zivilcourage und härteres Durchgreifen bei sexuellen Übergriffen, egal ob auf der Straße, im  
374 Club, in der Familie, bei Freund\_innen und generell überall! Yes means yes and no means no!

### 375 **Wenn schon Arbeit, dann ohne Diskriminierung**

376 Dass im 21. Jahrhundert Frauen\* immer noch weniger verdienen als Männer, ist eine  
377 der vielen Formen von Sexismus, die Menschen jeden Tag erfahren. 21% Lohnunterschied  
378 entstehen auch durch die Tatsache, dass es immer noch typische Männer- und Frauenberufe  
379 gibt, wobei Frauen\* häufig im schlechter bezahlten Betreuungs- und Dienstleistungssektor  
380 arbeiten. Die Krönung ist hierbei, dass diese Arbeit für viele Frauen\* unsichtbar nach der  
381 Lohnarbeit zuhause weitergeht, wo sie nicht nur zu gering sondern gar nicht vergütet wird.  
382 Wir fordern eine gleichberechtigte Verteilung von Sorgearbeit!

383           Entscheidungsgremien und politische Institutionen sind vor allem von Männern domi-  
384 niert. Das liegt nicht daran, dass Männer kompetenter sind oder Frauen\* sich von Natur aus  
385 nicht für „Männerberufe“ interessieren, sondern daran, dass ihnen von Geburt an gewisse  
386 Erwartungen an sie bzw. ihr Geschlecht eingetrichtert werden. Aber auch bei gleicher Arbeit  
387 verdienen Frauen\* im Durchschnitt 6% weniger als Männer. Wir wollen, dass alle Menschen,  
388 unabhängig von ihrem Geschlecht, für gleiche Arbeit gleich viel verdienen und die Berufe  
389 erlernen und ergreifen können, auf die sie Bock haben.

## 390 **Emanzipatorische Bildung**

391           Nicht nur Werbung und Berufsleben, sondern auch dem deutschen Bildungssystem  
392 fehlt es an emanzipatorischen Inhalten. Das zweigeschlechtliche, heteronormative, euro-  
393 zentristische Weltbild gilt noch immer als Norm. Das müssen wir ändern! Wir fordern eine  
394 gendersensible Bildung. Dazu gehören gendergerechte Sprache, feministische Inhalte, Se-  
395 xualkunde und Konsensprinzip als Schwerpunkt, eine Aufklärung über die verschiedenen  
396 Geschlechter und Sexualitäten, sowie Awareness in Bildungseinrichtungen, z.B. durch Sexis-  
397 musmeldestellen. Wir wollen auch, dass gerade Frauen\* gefördert werden, wenn sie sich für  
398 eine akademische Laufbahn entscheiden.

## 399 **Wir fordern unter anderem:**

- 400       • Gendergerechte Sprache
- 401       • Sensibilisierung für Geschlechtsidentitäten
- 402       • Selbstbestimmungsrecht für Inter- und Trans-Personen
- 403       • Eine Welt ohne Lookismus und Bodyshaming
- 404       • Konsequenterer Ahndung sexualisierter Gewalt und sexueller Ausbeutung
- 405       • Gleiche Löhne für gleiche Arbeit
- 406       • Förderung akademischer Laufbahnen von Frauen\*
- 407       • Quoten als Standard in politischen Ämtern und Führungspositionen
- 408       • Faire Verteilung von Sorgearbeit
- 409       • Die Abschaffung sexistischer Werbung
- 410       • Schwangerschaftsabbruch raus auch dem StGB
- 411       • Emanzipatorische Bildung mit antisexistischen Inhalten und Lehrmethoden

412

## 413 **Stadt, Land, Mobilität**

414 Die Dörfer bluten aus, die Städte werden zu voll, die Züge fahren zu selten und sind  
415 ohnehin zu teuer. So schaut's, in aller Kürze gesagt, aus in Sachsen. Dabei könnte doch alles  
416 so schön sein! Das, was die Städte in den Augen junger Menschen attraktiv macht (Perspek-  
417 tive, gute & nahe (Aus-)Bildungsmöglichkeiten, schnelle Wege, Party, Kultur und und und)  
418 sollte ohne weiteres auch auf dem Land Einzug halten können.

## 419 **Mobil mit links**

420 Mobilität ist ein Grundrecht, das nicht von der ökonomischen Profit- und Vermeh-  
421 rungslogik der Verkehrsunternehmen beschnitten werden darf. Zu einem selbstbestimmten  
422 Leben gehört auch, stets und überall dahin zu kommen, wohin man\* eben möchte – und auch  
423 wieder zurück! Deswegen müssen die ÖPNV-Verbindungen ausgebaut werden, d.h. in besse-  
424 rer Taktung und höherer Frequentierung fahren – auch nachts, an Wochenenden und in den  
425 Ferien, gern unterstützt durch Ruf-Angebote und veranstaltungsbezogene Sonderfahrten.  
426 Insbesondere das Schienennetz muss massiv ausgeweitet werden, wodurch endlich der Gü-  
427 terverkehr zunehmend von den Straßen auf die Gleise verlagert werden könnte. Dass das  
428 nicht ohne Aufwand erreichbar ist versteht sich von selbst, doch gibt es vielerorts auch still-  
429 gelegte Gleisanlagen, die instandgesetzt, wieder befahren und ergänzt werden können.

430 Derzeit können sich viele Menschen die Fahrten mit den Öffis nicht mehr leisten und  
431 sind vom gesellschaftlichen Leben weitgehend ausgeschlossen. Wir fordern, dass der ÖPNV  
432 für alle Menschen vor der Haustür fährt – barrierefrei, regelmäßig und ohne Fahrschein (wie  
433 andernorts bereits erfolgreich getestet), etwa finanziert durch eine Pflichtabgabe aller Bür-  
434 ger\_innen und Tourist\_innen. Busfahrzeiten von bis zu einer Stunde hin zur Schule sind für  
435 viele Schüler\_innen in Sachsen Realität – ebenso, wie ihnen die Teilnahme an AGs, der Mu-  
436 sikschule, dem Sportverein am Schulstandort oder ein simpler Hangout mit ihren Freund\_in-  
437 nen dadurch verunmöglicht wird, dass sie danach nicht mehr nach Hause kommen. Ein län-  
438 geres gemeinsames Lernen in einem Schulzentrum würde neben den vielen anderen Vortei-  
439 len dazu führen, dass die Kinder nach den ersten Jahren nicht die Grundschule um die Ecke  
440 verlassen müssten. Diese Schulzentren könnten dann auch von Fahrzeugen des Nahverkehrs  
441 effizienter und regelmäßiger angefahren werden, so dass ein individueller Hin-und Rückweg  
442 gewährleistet werden kann. Auch dass es in Sachsen im Jahr 2019 noch viele Orte ohne In-  
443 ternetzugang gibt, ist so traurig wie wahr. „Daseinsvorsorge“ heißt aber nunmal mehr als  
444 Strom & Wasser, weshalb Worte wie „Breitbandanschluss“ und „Mobilfunkabdeckung“ nir-  
445 gendwo fremd sein dürfen – weder im Erzgebirge noch in der Oberlausitz. Generell gehört

446 der „Daseinsvorsorge“-Begriff ausgeweitet. Was spricht denn, wenn der Bedarf bestünde, ge-  
447 gen die Einrichtung von etwa kommunalen Bäckereien, Tante-Emma-Läden oder gar Kinos?

#### 448 **Lasst die jungen Leute doch mal machen!**

449 Es gibt einige selbstverwaltete Jugendzentren, die seit Jahren in der Provinz die Fahne  
450 hochhalten und großartige Arbeit leisten – sie gilt es zu unterstützen und ähnlich Projekte in  
451 anderen Gemeinden zu fördern. Nur in den seltensten Fällen bekommen engagierte Perso-  
452 nen Unterstützung oder gar Förderung von staatlicher Seite. Ganz im Gegenteil – ihnen wird  
453 oft ein Stein nach dem Anderen in den Weg gelegt. Dabei gibt es gerade auf dem Land her-  
454 vorragende Möglichkeiten, sich frei zu entfalten: Viele leerstehende Häuser, alte Fabriken  
455 und Brachflächen scheinen nur darauf zu warten, als selbstverwaltete Jugendzentren, Par-  
456 tyareale, Haus- oder Kulturprojekte genutzt zu werden. Wir meinen: Unkommerzielle Nut-  
457 zung muss unkompliziert möglich sein! Damit Jugendliche ihre Geschicke selbst in die Hand  
458 nehmen und alte Strukturen aufbrechen können, fordern wir außerdem für Gemeinderats-  
459 wahlen eine U27-Quote von 10 %.

#### 460 **Wem gehört die Stadt?**

461 Mit dem Platz ist das aber so eine Sache: Was auf dem Land massenhaft zur Verfügung  
462 steht, wird insbesondere in den stetig wachsenden Städten Leipzig und Dresden zum um-  
463 kämpften Gut. Bezahlbarer Wohnraum fällt den explodierenden Mietpreisen zum Opfer, so-  
464 dass insbesondere einkommensschwache Menschen und subkulturelle Milieus nach und  
465 nach verdrängt werden. Die den Wohnungsmarkt beherrschenden Investor\_innen machen  
466 indes bei ihren Spekulationsgeschäften auch vor dem kalkulierten Leerstand von Wohnraum  
467 nicht Halt. Dem muss Einhalt geboten werden! Wir fordern die Rekommunalisierung beste-  
468 henden Wohnraums und den Neubau städtischer Wohnungen sowie die sozialverträgliche  
469 Sanierung älterer Objekte. Weiterhin treten wir für alternative Wohnkonzepte ein!

470 Das hohe Kfz-Aufkommen sorgt für Staus, vollgestellte Straßen sowie erhebliche  
471 Lärm- und Feinstaubbelastung, wodurch Radfahrer\_innen und Fußgänger\_innen im Stra-  
472 ßenverkehr benachteiligt und sogar gefährdet werden. Wir setzen uns für dafür ein, dass der  
473 Um- und Ausbau von Fahrradwegen vorangeht (übrigens auch in der Fläche) und Konzepte  
474 für autofreie Innenstädte erarbeitet werden. Gleichzeitig umfasst das Recht auf Stadt freilich  
475 mehr als Wohnen und Mobilität: Städtische Grünanlagen, wie Parks oder Stadtwälder, bilden

476 wichtige Rückzugsorte in der Natur, sind zugleich soziale und kulturelle Treffpunkte und ha-  
477 ben für das Stadtklima eine hohe Bedeutung – sie müssen daher erhalten und ausgebaut wer-  
478 den. Angedacht werden sollte auch die allgemeine Nutzbarmachung der Flächen von Klein-  
479 gartenanlagen in Großstädten, die derzeit auf viel Raum wenigen Menschen exklusiven Nut-  
480 zen bringen. Außerdem fordern wir in wachsenden Städten und schrumpfenden Dörfern ge-  
481 stapelte Nutzungskonzepte. Das bedeutet, dass Räume und Flächen mehrere Funktionen er-  
482 füllen.

483 **Wir fordern daher unter anderem:**

- 484 • Fahrschein- und entgeltfreier ÖPNV
- 485 • massiver Ausbau des Liniennetzes im ländlichen Raum
- 486 • Einrichtung örtlicher Schulzentren
- 487 • Unterstützung selbstverwalteter Jugendzentren und subkultureller Initiativen
- 488 • Förderung der unkommerziellen Nutzung von Leerstand und Brachflächen
- 489 • Einführung einer Jugendquote für kommunale Gremien
- 490 • Praktische Ausweitung des Daseinsvorsorge-Begriffs
- 491 • Förderung sozialer und alternativer Wohnmöglichkeiten
- 492 • Erhalt und Ausbau städtischer Grünflächen
- 493 • Errichtung und Verbesserung von Radwegen
- 494 • Autofreie Innenstädte

495

## 496 **Innere (Un-)Sicherheit**

497 CDU und SPD haben sich also auf ein neues Polizeiaufgabengesetz geeinigt. Auch  
498 wenn die CDU bitterlich enttäuscht sein wird, nicht mit Onlinedurchsuchungen und Handy-  
499 trojanern weiter in unsere Freiheitsrechte eingreifen zu können, so müssen wir uns doch auf  
500 ganz neue Dimensionen repressiver Gewalt einstellen.

## 501 **Verhaftet wegen ~~sexy~~ gar nix!**

502 Ausweitung der Videoüberwachung, Absenkung der „Gefahrschwellen“, einer  
503 Aufweichung des Berufsgeheimnisses von Ärzt\_innen, Journalist\_innen und weiteren „Ge-  
504 heimnisträger\_innen“ zur angeblichen Abwehr von Straftaten. Dazu eine krasse Militarisie-

505 rung der Polizei bis hin zum Einsatz von Maschinengewehren sowie Blend- und Rauchgrana-  
506 ten. Uns stehen ziemlich üble Zeiten bevor, gerade bei der sächsischen Polizei, die nicht un-  
507 bedingt für ihren demokratischen und antifaschistischen Grundkonsens bekannt ist.

508 Die CDU setzt alles daran, sich gegen die AfD im Wähler\_innenmilieu der besorgten  
509 Bürger\_innen zu profilieren. Die Befugnisse der Polizei werden aufgrund des sich in Sachsen  
510 meist rassistisch ausnehmenden Rufes nach „subjektiver Sicherheit“ ausgebaut. Statt auf Re-  
511 pression setzen wir auf die Prävention von Kriminalität wie der Bekämpfung von Armut und  
512 sozialer Ausgrenzung.

513 Während ganze Gruppen unter Generalverdacht gestellt werden und die Polizei auch  
514 ohne konkreten Tatverdacht repressiv tätig werden darf, ist man\* sich in der CDU aber einig,  
515 man\* müsse „unserer Polizei den Rücken stärken [und] auch jeder Form der pauschalen Miss-  
516 trauensäußerungen beispielsweise durch die Kennzeichnungspflicht entgegentreten“ (CDU-  
517 Generalsekretär Alexander Dierks) – obwohl wir genau dies brauchen, um endlich wirkungs-  
518 voll gegen Straftaten von Polizist\_innen im Amt vorgehen zu können! Darüber hinaus for-  
519 dern wir eine unabhängige und handlungsfähige Meldestelle für Straftaten durch die Polizei,  
520 um den Korpsgeist zu brechen!

## 521 **Verfassungsschutz in Sachsen? Mach'n Kopp zu!**

522 Der Verfassungsschutz schützt die Verfassung so gut, wie ein Zitronenfalter Zitronen  
523 faltet. Oder wie sonst lässt sich das noch immer nicht aufgeklärte NSU-Netzwerk oder die Tat-  
524 sache erklären, dass alleine im Erzgebirgskreis mehr Punkbands vom Verfassungsschutz be-  
525 obachtet werden, als überall sonst in Deutschland zusammen? Vom V-Mannführer eines der  
526 wichtigsten NSU-Unterstützer hin zum Verfassungsschutzchef in Sachsen – eine märchen-  
527 hafte Erfolgsgeschichte.

528 Gerade in Sachsen, wo die politikwissenschaftliche Achse Chemnitz – Dresden zu den  
529 Vorreitern der Extremismustheorie gehört und die viel gepriesene politische Mitte bei  
530 PEGIDA in Dresden mitmarschiert, mit Neonazis in Chemnitz Jagd auf Ausländer\_innen  
531 macht, die AfD bei der letzten Bundestagswahl zur stärksten Kraft wählte und in jedem zwei-  
532 ten Kaff gewalttätig gegen Geflüchtetenunterkünfte demonstriert, gibt es nur einen Weg, de-  
533 mokratische Werte zu schützen – den entschiedenen Kampf gegen rechts durch eine starke  
534 Zivilgesellschaft und keine als V-Männer vergüteten Neonazis!

## 535 **Freiheit stirbt mit Sicherheit**

536 Ein Einkauf im Supermarkt – festgehalten auf Video. Eine Fahrt im Bus – festgehalten  
537 auf Video. Ein gemütliches Sit-In auf dem Marktplatz – festgehalten auf Video. Es erschreckt,  
538 wie sehr die Freiheit, sich ohne Überwachung von A nach B bewegen zu können im Namen  
539 angeblicher Sicherheit ausgehebelt wird. Dabei ist die in sogenannten „Problembezirken“  
540 teilweise schon flächendeckende Kameraüberwachung nur die Spitze des Eisbergs. Möglich-  
541 keiten, Bürger\_innen zu überwachen gibt es zuhauf und werden durch den vermeintlichen  
542 technischen Fortschritt, wie dem Einsatz von Gesichtserkennungssoftware, immer mannig-  
543 faltiger.

544 Wir stellen uns dabei ganz klar gegen die bürgerliche Argumentation, dass es Men-  
545 schen, die sich nichts zuschulden kommen lassen doch egal sein könnte, überwacht zu wer-  
546 den. Weder Roland Wöllner noch Jürgen Georgie geht es etwas an, wo du oder – wie geschehen  
547 – Fans der BSG Chemie Leipzig hingehen. Wir fordern einen massiven Abbau von Überwa-  
548 chungstechnik im öffentlichen Raum, eine Einstellung der Überwachung von linken Akti-  
549 visten\_innen und Demokratieprojekten sowie eine Löschung aller ohne Einwilligung gespei-  
550 cherten personenbezogenen Daten – egal ob von Behörde oder Unternehmen! Menschen  
551 sind keine Objekte im Staat.

552 Es widerspricht der Menschenwürde und ist nicht mit dem Grundgesetz zu vereinba-  
553 ren, dass der Staat in Grundrechte eingreift und sich heraus nimmt, Menschen zwangsweise  
554 in ihrer Persönlichkeit zu erfassen und zu katalogisieren.

## 555 **Gegen rechte Umtriebe!**

556 Dass wir keine Lust auf Neonazis, egal ob sportliche Faschos oder Reichsbürger\_in-  
557 nen, haben ist kein Geheimnis. Dass diese auch immer wieder das Thema innere Sicherheit  
558 tangieren, zeigt sich in jüngerer Vergangenheit nicht nur beim faschistischen Angriff auf  
559 Connewitz 2016 oder bei gewalttätigen Reichsbürger\_innen in Bärwalde bei Meißen, son-  
560 dern auch durch das vermehrte Veranstalten kommerzieller Neonazifestivals unter dem  
561 Deckmantel der Versammlungsfreiheit wie in Ostritz. Wir brauchen neben stärkerer politi-  
562 scher Bildung und der Entzauberung ihrer Ideologie auch eine Gesellschaft, die Rechte, egal  
563 wie bürgerlich sie sich geben, als das bezeichnet was sie sind: Ewigvorgestrige Klemmnazis.

564 Ostritz wiederum hat eindrucksvoll gezeigt, dass es auch in der tiefsten ostdeutschen  
565 Provinz eine Zivilgesellschaft gibt, die keine Lust darauf hat, sich von Neonazis, die kommer-  
566 zielle Festivals ausrichten, vorführen zu lassen. Übereifrige Richter\_innen aber machten dem  
567 Verbot der Ausrichtung eines solchen Festivals unter dem Deckmantel einer politischen Ver-  
568 sammlung einen Strich durch die Rechnung. Somit zwangen sie Leuten, die absolut keinen  
569 Bock auf Faschos haben, die Anwesenheit tausender besoffener und gewaltbereiter Neonazis  
570 auf.

571 Gleichzeitig sind viele Behörden groß in der Kriminalisierung und Benachteiligung  
572 linken Protests. Dies konnte man\* in den vergangenen Jahren immer wieder beim behördli-  
573 chen Umgang mit Demonstrationen der -gida-Bewegungen im Vergleich zu angemeldeten  
574 Gegenprotesten sehen. Wir wollen eine Versammlungsgesetzgebung, die Versammlungen  
575 schützt und nicht im Vorhinein kriminalisiert – und die kommerzielle Neonazifestivals nicht  
576 unter dem Deckmantel der Versammlungsfreiheit und all ihrer Vorteile erlaubt!

577 **Wir fordern daher unter anderem:**

- 578 • Mehr verpflichtende demokratische Bildung für Polizist\_innen
- 579 • Eine unabhängige und handlungsfähige Meldestelle bei repressiver Gewalt
- 580 • Eine Kennzeichnungspflicht von Polizist\_innen
- 581 • Verbot von Racial Profiling
- 582 • Ein Verbot von Pfefferspray und anderen chemischen Kampfstoffen
- 583 • Eine Abkehr vom blödsinnigen Berufen auf „subjektive Sicherheit“
- 584 • Kein neues, schärferes Polizeiaufgabengesetz
- 585 • Verfassung schützen – Verfassungsschutz abschaffen
- 586 • Stopp der Überwachung des öffentlichen Raums in allen Formen
- 587 • Verbot der unfreiwilligen Speicherung personenbezogener Daten durch Behörden,  
588 Unternehmen und andere
- 589 • Reichsbürger\_innen das Wasser abgraben – ideologisch und praktisch
- 590 • Gegen die Kriminalisierung und Verunmöglichung linken Protests
- 591 • Keine (kommerziellen) Neonazifestivals unter dem Deckmantel der Versammlungs-  
592 freiheit